

Anläßlich der Vertrauensrätewahlen in Stuttgart wurde ein gemeinsames Flugblatt verbreitet, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, die Unternehmerknechte und Hitleragenten von den Listen zu streichen.

Im Februar 1937 war eine sozialdemokratische Delegation aus Berlin beim Auslandsbüro der SPD und legte ein Programm mit zehn Forderungen der Berliner Sozialdemokraten vor. Diesem Programm hatte die Landesleitung der Kommunistischen Partei in Berlin ihre Zustimmung gegeben. Am Schluß dieser sozialdemokratischen Plattform wurde gesagt:

„Im Proletariat ist eine tiefe Sehnsucht nach Einheit vorhanden. Die geeignetste Form, diesem Streben nach Einheit eine politische Gestalt zu geben, ist die Volksfront.“

In diesem Dokument hieß es weiter, daß es notwendig ist, alles zu tun, um den Kampf gegen die faschistische Kriegswirtschaft für die demokratischen Rechte des Volkes zu führen. Diese Vereinbarung wurde mit Genossen Braß, der damals noch der Sozialdemokratie angehörte, unter Zustimmung des früheren Vorsitzenden der Berliner Sozialdemokratie, des Genossen Künstler, getroffen.

Diese Entwicklung der Zusammenarbeit einzelner kommunistischer und sozialdemokratischer Gruppen, der Zusammenarbeit von Gruppen Jugendlicher, die früher der sozialdemokratischen oder kommunistischen Jugendbewegung angehört hatten, wurden immer wieder durch den faschistischen Terror unterdrückt. Tausende unserer Besten wurden in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen und dort zugrunde gerichtet.

Der deutsche Faschismus überfiel das spanische Volk. Dem Aufruf zur Einreihung in die Kampfbrigaden in Spanien folgten tausende parteilose, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter. Es gingen kommunistische, sozialdemokratische und andere antifaschistische Werktätige, die aus Deutschland verjagt waren,